

# Prioritätensetzung

## VW-Abgaswerte und US-Atomwaffen

Rüdiger Göbel

---

Bundeskanzlerin Angela Merkel fliegt heute in die USA. In New York nimmt sie am Gipfel der Vereinten Nationen zur Verabschiedung der »2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung« teil. Am Rande will sie »zahlreiche Gespräche mit ausländischen Staats- und Regierungschefs zur aktuellen Flüchtlingssituation und anderen drängenden internationalen Themen führen«, lässt ihr Pressestab wissen. Zu den ohne Zweifel »drängenden internationalen Themen« gehören die brandgefährlichen Aufrüstungspläne der USA, die das ZDF-Magazin »Frontal 21« am Dienstag abend publik gemacht hat. Washington will demnach noch mehr und modernere Atombomben auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz lagern. Von rund 20 neuen Nuklearwaffen vom Typ B 61-12 ist die Rede, zusammen haben sie die Sprengkraft von 80 Hiroshima-Bomben. Rund 30 »alte« sollen bereits in Büchel lagern. Offizielle Angaben gibt es dazu selbstredend nicht.

Russlands Antwort auf den Enthüllungsreport kam prompt: Kremlsprecher Dmitri Peskow warf den USA am Mittwoch vor, mit diesem »ernsten Schritt« die Spannungen in Europa zu verschärfen. Moskau spricht von einer »Zerstörung des strategischen Gleichgewichts in Europa«. Um seine eigene nationale Sicherheit zu gewährleisten, könnte sich Russland gezwungen sehen, taktische ballistische Raketen vom Typ Iskander in der Ostsee-Exklave Kaliningrad zu stationieren, zitiert die Agentur *Interfax* General Juri Balujewski. Denn klar ist: Washingtons nukleare Aufrüstung in Westeuropa ist nicht gegen den »Islamischen Staat« in Syrien oder den alten Beelzebub Iran gerichtet. Die neuen Kernwaffen zielen auf Russland.

Macht die Kanzlerin die drohende Aufrüstungsspirale zum Thema? Wohl kaum. Statt der US-Atomwaffen in Deutschland sind VW-Abgaswerte in Amerika ja das neue, alles bestimmende Thema. Das gefährlichere steht ganz offensichtlich nicht auf der Agenda des Merkel-Trips nach Übersee. Warum auch? Die deutsche Regierungschefin ignoriert ohnehin seit Jahren die Proteste der Bevölkerung in der Eifel. Auch auf den Bundestag pfeift die gute Frau. Der hatte im März 2010 mit breiter Mehrheit beschlossen, die Bundesregierung solle sich »gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen«. Selbst im Koalitionsvertrag von Union und FDP 2009 war der Abzug der Atomwaffen aus Büchel zugesagt. Doch statt der von Berlin öffentlich versicherten Abrüstung folgt Washingtons klammheimliche Aufrüstung – kofinanziert von den deutschen Steuerzahlern. Rund 120 Millionen Euro sollen in den kommenden Jahren ausgegeben werden, um den Bundeswehrstandort Büchel aufzumotzen. Von dem Geld ließen sich, das nur nebenbei, reichlich Feldbetten für ankommende Flüchtlinge in der BRD kaufen, so dass das Deutsche Rote Kreuz nicht für entsprechende Spenden aus den USA herzlich danken müsste.

---

<http://www.jungewelt.de/2015/09-24/059.php>